

Boden. Als alle sonstigen Bemühungen, mit den Pulsnitzer Unorganisierten in Fühlung zu kommen, fehlgeschlagen, veranstalteten unsere Kollegen in Pulsnitz ein Schweinskopessen und luden alle Maler dazu ein. Da kamen sie auch alle, und während des Schmausens wurden die Aufnahmen vollzogen. Heute haben wir in Pulsnitz eine schöne Zahlstelle mit 15 Mitgliedern.

Im Frühjahr, als alle Gelähmten erwerbslos waren, wurden in Kamenz vom Reichsbaumt Malerarbeiten vergeben. Wie immer, bekamen sie die Billigsten, und diese arbeiteten nur mit ihren Lehrlingen. Wir wurden daraufhin beim Reichsbaumt Bautzen vorgestellt und erreichten, daß es uns zusicherte, für Einstellung von erwerbslosen Malergehilfen Sorge zu tragen.

(Die hervorgehobenen Stellen vom Verfasser.) Das der Bericht — Erst eine Gemeinheit, dann einen sogenannten „Erfolg“. Hahaha; geniale Agitationsarbeit, während des Schmausens die Aufnahmen vollzogen und dann: heut haben wir (die Bonzen) eine schöne Zahlstelle, in der 15 neue Dumme unser Gehalt zusammentragen helfen. — Merkt du nicht den Hohn, Prolet Maler, der in dieser ganzen Historie (geschichtlichen Tatsache) enthalten ist? — Daß die sich von Arbeitergroßen vollziehenden Bonzen solesches in ihrem Dankbuch festhalten können, ist bezeichnend für das Jenkvermögen der sich noch in den Bonzenmastanstalten befindlichen Arbeiter. Die einzige Möglichkeit für die Bonzen, Mitglieder für ihr „Bildungs-Institut“ zu langen, ist die, auf den Freß-Instinkt der Proleten zu spekulieren. Denn „alle sonstigen Bemühungen“ schlagen fehl. Ist diese Spekulation geglückt, und die fleischhungrigen Proleten einmal Beitragszahler, dann wird das „Vereinstigen“ schon von allein kommen (den Schweinskopf bissel scharf gewürzt) und bald werden die während des Schmausens gekaperten „Mitglieder“ in der Lage sein, mit ihrer „geistigen Walle“ (Stimmzettel) den Ausbeuter, den billigsten und den mit mit Lehrlingen arbeitenden um Arbeit anzubetteln.

Unsere Aufgabe muß es sein, den gewerkschaftlich organisierten Proleten derartige Verhöhrungen seitens ihrer Bonzen vor Augen zu halten, damit sie sich bald ihrer Dummheit, diesen Gaunern das Leben zu verschönen, bewußt werden und antagen, zweckentsprechend zu handeln.

### Wenn Zahlen sprechen

Im Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird über die von einer Reihe Berufsverbände eingegangene Kleinigkeit von 71.267,15 Mk. aufgeführt. Diese im Januar 1930 eingegangene Liebesgabe dürfte sich allem Anschein nach des öfteren wiederholen und — was die Hauptsache ist — noch erhöhen. Natürlich, Proletarier, zum Wohle eurer selbst, und wer es nicht glaubt, verdient, daß er aus der Gewerkschaft hinausgeschmissen wird. Leben und leben lassen — heißt ein altes bürgerliches Sprichwort. Und wenn sich die Arbeiterschaft nach gut bürgerlicher Sitte eine Führerschaft mühen kann, so muß sie auch das Geld dafür aufbringen.

### Aus den Bezirken

Braunschweig (Versammlungsbericht). Zum Donnerstag, den 27. März hatte die Ortsgruppe des Spartakusbundes eine öffentliche Erwerbslosenversammlung einberufen, in welcher der Genosse Franz Plemert, Berlin, über das Thema: „Die Erwerbslosigkeit und der Ausweg“ referierte. Als der Genosse August Merges die Versammlung eröffnete, begannen die verhetzten Mitglieder der KPD Krach zu schlagen. Ohne daß irgend ein Wort gegen die Schandtat der KPD gesagt wurde, schrien die dressierten KPD-Leute im Sprechchor: „Hatunken, Renegaten, Verräter, den Schädel müßte man euch einschlagen“ usw. Als sie sahen, daß wir uns nicht aus dem Konzept bringen ließen, hörte das sinnlose Geschimpfe auf und der Referent konnte zum Wort kommen.

Der Genosse Franz Plemert kam auf die heutige Erwerbslosigkeit zu sprechen und wies nach, daß diese Krise mit den Krisen der Vorkriegszeit nicht das geringste zu tun hat. Was wir heute erleben, ist die Todeskrise des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Handelsteile der bürgerlichen Presse dokumentieren täglich die Richtigkeit unserer Analyse. Es gibt keinen Ausweg mehr, die Geschichte hat die Frage gestellt: „Austieg zum Kommunismus oder Untergang in die Barbarei.“

Nach der objektiven Betrachtung und Schilderung der Wirtschaftslage ging der Referent dazu über, den man die Waffen prüfen. Leider ist das Proletariat heute noch zu sehr in Illusionen befangen. Es hat sich noch nicht von Klassengedanken durchgerungen. Es glaubt noch nicht an den Untergang des Kapitalismus, und zittert, sobald es ausgesteuert wird. Im Gegenteil zum Proletariat ist die Bourgeoisie klassenbewußt. Zielbewußt geht sie daran, aus ihrem Untergang noch Profit zu schlagen.

Die Todeskrise entspricht den Konkurrenz- und Akkumulationsgesetzen des mehrwertressenden Kapitalismus. Schon seit den Jahren nach 1870 bereitete

sich Deutschland auf den imperialistischen Vorstoß vor. Der Neu- und Umbau aller Verkehrsmittel (Eisenbahn, Heeresstraßen usw.) wurde dem Operationsplan der militärischen Stellen entsprechend getrieben und angepaßt. Der krisenbedingende Kapitalismus gehorcht dem Weltkrieg zur Überwindung der Krisen. Jedes Land ist auf Industrie angewiesen. Das alte Europa konnte mittels seiner Industrie den Kriegsbedarf nicht decken. Die Kolonialländer wurden Industriestaaten. Damit setzte das Totengeläute des kapitalistischen Systems ein. Nach dem Kriege wurden dadurch die Absatzgebiete noch enger. Statt die Krisen zu überwinden, sind sie verschärft worden. Aus dieser wirtschaftlichen Depression gibt es für den Kapitalismus keinen Ausweg mehr. Will er die Kaufkraft heben, so muß er sie kraft der kapitalistischen Naturgesetze senken. Er will seine Herrschaft erhalten und ist gleichzeitig gezwungen, am eigenen Untergang mit zu arbeiten, in letzter Konsequenz seine Machtstellung selbst zu vernichten.

Trotz des Zusammenbruchs der kapitalistischen Staaten läßt das Proletariat jeden Lohn- und Steuerdruck geduldig über sich ergehen. Durch die heutige organisatorische Gebundenheit ist das Proletariat kampflös gemacht worden. Es nützt nichts, nach KPD-Methode immer über Verrat zu schreiben. Es ist kein Verrat der Partei. Die ideologische und organisatorische Überlieferung ist sich bis heute gleich geblieben. Als Marxisten wissen wir, daß nicht das Persönliche, sondern das Sachliche und hier das Organisationsprinzip ausschlaggebend ist. Ebert ist Ebert geworden durch die Organisation. Der Verrat liegt auf der Linie der Partei, des Parlamentarismus und der Gewerkschaft.

Die Gewerkschaften entsprechen in keiner Beziehung dem notwendigen, organisierten Klassenkampf gegen

## Greif zu!

Es furret die Maschine  
Im wilden Takt der Zeit.  
Wann wird die Arbeitshiene,  
Der Mensch, von ihr befreit?

Die Kraft in der Maschine  
Schafft Herr und Knecht und Nord.  
Nur zu und heil're Kiene!  
Das ruft der Bürger dort.

Die Hahne schlägt in Scherben,  
Sie füllt in Staub zerger.  
Der freie Mensch soll erben,  
Es darf kein Herr bestehn.

Du Knecht, ergreif' das Steuer,  
Vernicht' den Bourgeois.  
Zerfäß' das Ungeheuer  
Und mach die Freiheit wahr!

Lehn ab den Lohn, du Biene,  
Ergreif' die Produktion.  
Dann erst läßt die Maschine,  
Für dich, du Freiheitsjohn!

Paul Bartian

die Bourgeoisie. Selbst die „revolutionären“ Gewerkschaftsführer der KPD müssen sich in Reformismus verstricken, müssen überall Verrat am Proletariat üben. Als Legien im November 1918 der Bourgeoisie zur Hilfe kam und versprach, das Proletariat zur Arbeitsgemeinschaft zu führen, so war dies der innerste Kern des Gewerkschaftswesens. Hier war der Zeitpunkt gekommen, wo es heißt: Für die Revolution und für die Zerstörung der Gewerkschaften oder für den weiteren Ausbau der Gewerkschaften und somit für die Konterrevolution.

Als ein sehr wichtiges Problem kritisierte der Genosse Franz Plemert die Einheitsfronttaktik der KPD. Die kleinbürgerliche, unmarxistische KPD-Politik mit all ihren Unzulänglichkeiten in der Frage des Klassenkampfes kommt hier sehr stark zum Ausdruck.

In der Sammlung der Kräfte der russischen Oktoberrevolution sowie der kommenden deutschen Revolution muß man die Klassenverhältnisse und Kräfte in Betracht ziehen. In Rußland bildeten zu 90% „das untertragliche revolutionäre Element. Sie wollten das untertragliche Joch abschütteln. Sie wollten heim, von Krieg wollen sie nichts mehr wissen. Das Proletariat in Rußland brauchte das Bauerntum als Verbündeten. Ohne die Parole „Friede und Land“ wäre eine Revolution undenkbar gewesen. Anders in Deutschland. Hier lehrt uns die Vergangenheit, daß eine Einheitsfront mit den Kleinbauern und Kleinbürgern der Revolution das Genick brechen muß. Das Proletariat ist hier allein auf seine Kraft gestellt. Es kann sich nicht auf unsichere Kantonisten verlassen. Das Kleinbürgertum schwankt

stets zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Es ist immer auf Seiten des Siegers, aber nie auf der Seite der Kämpfenden. Das hat uns der Ruhrkampf 1920 gründlich gelehrt.

Die gefährlichste Seuche zur Benetzung der Proletarier ist darum die KPD. Die Politik der Halbheit wirft das Proletariat bei den ersten Ansätzen des Kampfes zurück. Die Folge ist teils die Indifferenz. Durch diese Politik und die Parole „Hinein in die Gewerkschaften“ wurde es den Scheideminern erst wieder möglich gemacht, vor dem Proletariat in öffentlichen Versammlungen zu sprechen.

Als der Genosse Franz Plemert auf den nationalen Ruhrkampf 1923 und die Einheitsfront Ruth Fischer-Reventlow zu sprechen kam, machten die Stalinischen Holzhunde der hiesigen KPD, einen mörderischen Krach. Genossen, die in ihrem Leben ständig revolutionär gearbeitet haben und ihrer Auffassung treu geblieben sind, wie Plemert, Minna Fallhauer, August Merges nannte man „Renegaten, Verräter, Bluthunde am Proletariat“ usw. Noch nie hat die Arbeiterorganisation solche widerliche Kreaturen gehabt, als heute die KPD. Die Noske nannten sich offen Schlächter am Proletariat, die Ebert hielten offen die soziale Revolution, jedoch diese Schreier, sie sind einem Heinz Neumann würdig. Es geht um ein paar bezahlte Posten, da heißt es lügen, da heißt es die politische Wahrheit mundtot machen.

Zum 2. Punkt schilderte die Genossin Minna Fallhauer treffend die Machenschaften der KPD, im Erwerbslosenamt. Mehrfache Entrüstungsstürme gaben den KPD-Leuten ganz unzweideutig zu verstehen, wie die Mehrheit der Proletarier über derartige intrigante Manipulationen denkt.

In der Diskussion sprachen noch ein paar KPD-Bonzenanwärter. Da sie nichts — was die Arbeiterbewegung betrifft — zu sagen hatten, ist es unwürdig, das Geschwätz auf Papier zu bringen.

Nach der Diskussion glaubten die KPD-„Helden“, ihren Sprengungsauftrag doch noch durchführen zu müssen. Leider ist die Mehrheit der Arbeiter noch zu anständig und ließ sich diesen kindischen Radan einer 50 Mann starken Horde gefallen. Eine alte Binsenwahrheit: „Der getroffene Hund gaukelt“. Dies nennt die KPD „sachlich auseinandersetzen“.

Chemnitz. Am 22. März hielt die Ortsgruppe Chemnitz des Spartakusbundes eine öffentliche Volksversammlung ab mit dem Thema „Die letzten Ereignisse und wir“. Der Genosse Buschbeck zeigte in klarer und treffender Weise den Weg der weiteren Verelendung der proletarischen Massen, sowie die Unmöglichkeit, mit den Mitteln und Vorschlägen aller Parteien aus diesem schrecklichen Elend herauszukommen. Jedem Anwesenden mußten die grundlegenden Ausführungen des Referenten alle noch gehegten Hoffnungen auf die Hilfe der Gewerkschaften und Parteien als illusionär und phantastisch zur Erkenntnis bringen. Dies bewies auch die lebhafteste Aussprache in der anschließenden Diskussion. Mehrere KPD-Genossen unterstrichen die Ausführungen des Vortragenden und erklärten sich mit dem gesamten Aufbau des Spartakusbundes und mit seiner politischen Linie einverstanden. Klassengenossen, laßt euer Erkenntnis auch die Tat folgen, dann erst hat die Versammlung ihren Zweck voll erfüllt.

### An alle Gruppen und Bezieher des „Spartakus“!

Die nächste Nummer des „Spartakus“ erscheint als Maizeitung. Wir machen es allen zur Pflicht, umgehend entsprechende Bestellungen aufzugeben

Die Pressekommission

Für den Inhalt verantwortlich: H. Winter, Dresden-A.  
Druck: A. P. Schnädelbach & Co., Dresden-A.

Hier abrechnen!

An das  
Fostamt

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

## SPARTAKUS

zum Bezugspreis von 90 Pfg. vierteljährlich ab 1930  
Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 29  
Bezugsgeld ist von mir zu erheben

Name \_\_\_\_\_ Ort u. Zustellungspostamt \_\_\_\_\_  
Straße u. Hausnummer \_\_\_\_\_

Nr. 9 \* 5. Jahrgang  
10. Jahrgang der „Einheitsfront“

# SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES  
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, lerner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3

1. Mai 1930

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zu zahlen. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Einzelnummer 15 Pfg.  
erscheint monatlich zweimal

### Unsere Maiforderung:

## Es lebe der Klassenkrieg zur Aufhebung der Lohnknechtschaft!

Das Proletariat wird eine Ruhepause im aufreißenden Daseinskampf niemals verschmähen, muß aber einen Unterschied machen zwischen den traditionell wiederkehrenden Feiertagen der Bourgeoisie und seinen eigenen Gedenktagen, an denen die Arbeiterschaft unter Einsetzung von Gut und Blut in das Rad der Geschichte eingegriffen hat. Während den bürgerlichen Festtagen die Sucht nach betäubenden Vergnügungen anhält, sind die proletarischen Gedenktage nur erstem Tun gewidmet. Da gilt es, den bisher geführten proletarischen Klassenkampf rückwärtsgewandt zu überblicken und aus den teuer erkauften Erfahrungen die Konsequenzen zu ziehen. Sammelnd und zählend müssen sich die Massen zur Erkennung der Welt vereinen, um sie besser überwinden zu können. Rücksichtslos muß alles Faule und Halbe ausgebrannt und die Kampfiren von Renegaten und Spitzeln gesäubert werden. Marksteine auf dem Wege der Menschheitsbefreiung sollen diese proletarischen Gedenktage sein.

Eine solche Gelegenheit ist die Feier des 1. Mai. An und für sich ist der 1. Mai ein Tag wie jeder andere und die Mai-Parolen sind die Aufgaben des Proletariats an allen Tagen. Wenn seine Heraushebung gerechtfertigt sein soll, muß er in Form und Inhalt eine grundsätzliche Kampfstellung zwischen Kapital und Arbeit sein. Die Maifeier ist ein internationaler proletarischer Tag, der auf der ganzen Welt begangen wird. So kommt schon in seinem äußeren Rahmen ein internationaler Kampf gegen das Kapital ist. All die schönen Phrasen von den lieben Vaterländern müssen in ein nicht zerstücktes, sondern in eine einheitliche Ordnung als heilige internationale Allianz der Arbeiter gegenübertritt, der die Proletarier nur als internationale Phalanx begegnen können.

Als vor 41 Jahren die Festlegung der Maifeier als ein Weltfeiertag erfolgte, schritt der Kapitalismus rüstig und ungebrochen einer neuen Aufstiegsperiode entgegen. Das Zeitalter des imperialistischen Machtungsbegangs. Das Kapital eilte mit Siebenmeilenstiefeln um die Erde. Immer auf der Suche nach neuen Absatzmärkten. Und bei der Einteilung der Interessensphären bewachte der eine den andern mit scheelen Augen. Die Gegensätze zwischen den nationalen Imperialismen häuften eine Menge drohenden Konfliktstoffes auf, der zu wahnwitzigen Wettrennen führte. Besonders kritisch wurde die Lage durch den machthungrigen deutschen Imperialismus, der als Spätkind auf die Weltbühne trat. Die in Waffen starrenden Länder bildeten eine beständige Kriegsgefahr. Alle Augenblicke konnten die Reibungen das kapitalistische Pulverfaß zur Explosion bringen.

Die Arbeiterklasse hatte keine Lust, für die Expansionsbestrebungen der Ausbeuter als Kanonenfutter hingeschlachtet zu werden. Dem Imperialismus mit seinen kriegerischen Maßnahmen setzte sie den Kampf gegen den Krieg entgegen. Nicht aus einer knochenweichen pazifistischen Einstellung und humanistischen Gefühlsduselei, sondern die Sicherung des Friedens war für das fortschreitende Proletariat gleichzeitig eine Kampfansage gegen das bestehende System überhaupt. In diesem Sinne wurde der Ruf „Nieder mit dem Krieg“ eine Parole des 1. Mai.

Die Entwicklung zum Imperialismus bedeutete gleichzeitig eine Verschärfung der Ausbeutung. Schon in der Frühzeit des Kapitalismus hatten sich die Lohnsklaven die sich verschärfende Ausbeutung durch Erleichterung sozialer Maßnahmen gewehrt. Besonders die zeitliche Begrenzung des Arbeitstages war eine notwendige Voraussetzung des Klassenkampfes und die Forderung des Achtstundentages war bei aller Rel-

lativität eine seiner ersten Notwendigkeiten. Unter diesen Umständen wurde die Losung „Her mit dem Achtstundentag“ mit zum Programmpunkt der Maifeier erhoben.

Dieses Programm war eine Standard, ein Bekenntnis zum Sozialismus, um die sich das klassenbewußte Proletariat scharte, und gleichzeitig eine Kriegserklärung gegen den Kapitalismus. Es war noch nicht das Endziel der Arbeiterbewegung, aber seine praktische Durchführung war eine Machfrage und somit der Auftakt zur endgültigen Auseinandersetzung.

25 Jahre lang war die Maifeier mehr schlecht als recht von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften

### Wie lange noch?

Wie lange, meint ihr, werden wir noch zusehen,  
Wie ihr allein des Lebens Füllhorn trinkt?  
Tagsüber faulenzet, sauft und freßt  
Und abends lustgessig in die Seidenkissen sinkt?

Wie lange noch?  
Wie lange, denkt ihr, werden wir noch  
schweigen,  
Weil Hungerlohn uns stumpf und müde macht?  
Habt ihr Schmarotzer nicht inzwischen  
Die Ernte unsrer Saat in Kassenschränke  
eingebracht?

Wie lange noch?  
Wie lange, glaubt ihr, werden wir noch dulden,  
Daß unsre Besten hinter Kerkermauern  
Des Klassenrechts geknebelt sind?  
Wie lange soll uns eure Mördermeute noch  
umlauern?

Wie lange noch?  
Wie lange, hofft ihr, werden wir noch warten,  
Daß unsre Faust auch an den Schädel führt?  
Dampf droht der Haß. Die Ketten bluten.  
Längst hat den Ruf zum Weltgericht der letzte  
Mann gehört,  
Wie lange noch?

Oskar Kanehl

durchgeführt worden. Als aber 1914 der langjährige Theorie die Praxis folgen sollte, da waren all die schönen Maiforderungen wie Spreu im Winde verfliegen. Die zweite Internationale als Trägerin der Maiforderungen machte ihren Bückling vor dem Kriege und küßte dem Militarismus die Stiefel. Entschuldigend suchte Kautsky ihren Zusammenbruch damit zu rechtfertigen, daß sie doch im wesentlichen nur „ein Instrument des Friedens“ sei und nicht des Krieges. Die Maiforderung des Achtstundentages und des Ausbaues der sozialen Gesetzgebung verwandelte sich durch den kriegsbegeisterten Hokuspokus von Partei und Gewerkschaften in die freudige Dienstbellissenheit alles, was nicht der bunte Rock zierte, in qualvoll langen Arbeitstagen in die Fabriken zum Granatendrehen zu treiben, oder im Interesse des Durchhaltens in Polonaisen stundenlang um ein paar Gramm Fett anzustehen. Bis dahin hatte die zweite Internationale dem völkerbefreienden Weltmai gehuldigt, nun hatte sie sich dem „völkerbefreienden“ Weltkrieg verschrieben.

Aber schon während des Kriegstobens erlebte der 1. Mai eine neue Verinnerlichung. Das war, als Lieb-

knecht 1916 mit wenigen tausend Getreuen öffentlich am Potsdamer Platz in Berlin die Fahne der Rebellion gegen den Krieg aufpflanzte. Dieser Schrei: Nieder mit dem Krieg war mehr als der alte Schlichter- ruf des Mai. Das war der Ruf nach der Revolution! Noch war die Bourgeoisie, unterstützt von den kriegsbegeisterten sozialdemokratischen und gefährlichen Mahnern und Dränger hinter Zuchthausmauern zum Schweigen zu bringen. Aber den Zusammenbruch und die Revolution konnten sie nicht mehr verhindern. Wieder ist der 1. Mai. Der zwölfte Mai der Revolution. An dem eigenen Weltkrieg rannte sich der Kapitalismus den Schädel ein und blieb als invalider Krüppel auf der Strecke. Die Niedergangsepoche der bürgerlichen Ordnung begann. Jetzt steht die machtpolitische Seite der Maiforderungen zur endgültigen Entscheidung. Kommunismus oder Untergang in die Barbarei ist zum Inhalt des 1. Mai geworden.

Den zwölften Revolutionsmai begehrt das Proletariat nicht im Zeichen seines Sieges und des kommunistischen Aufbaues, sondern im Zeichen des demokratischen Humbugs und des kaiserlichen Heerführers Hindenburg mit seinem „Grünfrontkabinett Brüning“. Der zwölfte Revolutionsmai wird beherrscht von einer ungeheurer Krisenwelle der Wirtschaft und den Wiederbelebungsversuchen der herrschenden Klasse. Polizeiwilktir und Klassenjustiz feiern Orgien. Tausende von revolutionären Rebellen feiern in Zuchthäusern und Gefängnissen, im Schoß der Napf mit Erbsenbrei, ihren 1. Mai. Der Arbeitermord ist in der demokratischen Republik legalisiert. Millionen von Proleten werden vom Gespenst der Arbeitslosigkeit gejagt. Die „angekurbelte“ Wirtschaft läuft nicht mehr. Die internationale Lage ist gewitterschwanger. Noch liegt den Völkern das Stahlbad wie Blei in den Knochen. Trotzdem brennt die Welt schon wieder; in China, wo der englische und französische Imperialismus vermitteltes Eroberung neuer Absatzmärkte sich der eisernen Umklammerung, dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu entziehen versuchen.

Hand in Hand mit der Bourgeoisie empfiehlt die SPD, den Völkerbund als besseres Heilmittel gegen den Krieg, wie alle Maifeiern der Arbeiterklasse. Doch hat dieses Heiligbild und Angstprodukt vor der revolutionären Sturmflut bei seiner letzten Vorführung in Genf seine Wunderkraft nicht gezeigt. Der Völkerbund sollte die Gegensätze und Krise des kapitalistischen Systems überwinden, dabei haben die Widersprüche ihn überunden. Kam heute man angefangen, tausend Worte europäisch zu reden, schon herrschte wieder babilonische Sprachenverwirrung. Die seitdem mühselig fortgeführten Restaurationsversuche erleben ein neues Fiasko. Nicht aus Bosheit oder Dummheit, sondern weil die Ueberwindung aller Schwierigkeiten und Gegensätze der Kapitalismächte untereinander die Ueberwindung des kapitalistischen Systems überhaupt ist. Das ist der Sinn des zwölften Maitages in der Revolution.

Auch die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Steigbügelhalter der Reaktion tragen am 1. Mai ihre alten aufpolterten Parolen wie Reliquien umher. Nur sind sie durch die Zeit noch mehr verbläut. Der Achtstundentag, der von den „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ zum größten Teil verschlungen wurde, ist für sie keine politische Machfrage, deren Lösung außerhalb der Grenzen des Kapitalismus liegt, sondern eine Überdosis von Kapital und Arbeit auf dem Wege über das Washingtoner Abkommen. Der Inhalt der heutigen Revolutionsmaiforderung heißt nicht Einschränkung, sondern Aufhebung der Ausbeutung.

Diejenigen, die 1914 dem militärischen Moloch opferten und sich nicht genug tun konnten im Kriegsgeschrei, kommen am 1. Mai dem Proletariat mit dem

**„Im Interesse“  
des Proletariats bestehen  
folgende Organisationen:**

SPD. Diese sorgt dafür, daß die Stimme des Arbeiters bei wichtigen Staatsbeschlüssen — Kriegserklärungen usw. — gehört wird. KPD. Deren hauptsächlichste Arbeit besteht in der Entlarvung der vorigen. Zu diesem Zweck ist sie in fünf Richtungen gespalten. Die Gewerkschaften. Ihre Anzahl beträgt ungefähr drei Dutzend. Ihre Aufgabe ist und soll es ewig bleiben: die Erkämpfung von höheren Löhnen. Ferner leisten sie vortreffliche Dienste als Unterstützungskassen, die bei Unzügen, Kindtaufen, Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. „helfend“ eingreifen. Die unbedingte Fähigkeit schaden könnte und die Zahl der Organisationen, die sich dem Kapitalismus „kraftvoll“ entgegenstemmen, zu klein ist, gründete man die sogenannten Gewerkschaftsoppositionen. Diese gewähren zwar keine Unterstützungen, dafür aber geben sie einigen Genossen Gelegenheit, bevorzugt, das heißt gut bezahlte „Klassenkämpfer“ zu werden. Die Konsumvereine. Durch äußerster Rationalisierung ihrer Betriebe — Lohnsenkung, Massentatungen usw. — beweisen sie ihren sich als Mitinhaber fühlenden Mitgliedern, daß sie von jeglichen kapitalistischen Ausbeutungsmethoden frei und dennoch gefährliche Konkurrenten der Klökner, Becker, Krupp, Thyssen und Karstadt sein können. Von den sogenannten Bauhütten und anderen „sozialistischen“ Unternehmen gilt das gleiche. Hier schädigt man gelegentlich die Mitglieder um ihre Einlagen.

Zum „Schutze“ und zur „geistigen und körperlichen Erleichterung“ des Proletariats bestehen folgende Organisationen:

Das Reichsbanner, auch Reichsjammer genannt, schützt die glorreichen Errungenschaften der Noske-Zörgiebel-Republik vor dem Feind, dem inneren und äußeren, versteht sich.

SAJ. und KJVD. machen es sich zur Aufgabe, junge begeisterungsfähige Menschen zu tüchtigen Parteifunktionären zu machen. Als Ansporn dienen militärisch aufgelegene Wanderungen und Reisespiele.

Der „Jung-Spartakus“ ist die von der KPD. aufgezogene Schulkinderpartei. Unter Anleitung der KPD.-Führer prügeln sie alle klassenfeindlichen Elemente aus der Schule hinaus. Als ich einmal las, daß man die Jungfrau Maria zum Generalfeldmarschall von Spanien ernannt hat, habe ich gelacht, aber als ich vor kurzem las, daß die deutschen Arbeiterkinder das Chetum über die 2. Luftfahrbrigade der Sowjet-Union übernommen haben, lachte ich nicht, denn mir taten die armen verkleisterten Kinderleid.

Der Reichsbund der Kriegs- und Arbeitsopfer muß wohl die Interessen der Mitglieder nicht genügend vertreten haben, denn es entstand der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Der verspricht seine Sache besser zu machen und den Schaden, den der Reichsbund angerichtet hat, zu liquidieren. Die Rote Hilfe Deutschlands sammelt Gelder und Naturalien für die im Kerker schwächenden proletarischen Gefangenen und deren Angehörigen. Ofters bleibt von dem gerade hier überaus reichlich einlaufenden Gelder einiges an den Fingern der Funktionäre kleben. Dieser Umstand bewirkt es, daß diese edlen Funktionäre sich rege für die Vorwärtsentwicklung der Organisation interessieren.

Internationale Arbeiterhilfe. Für sie gilt das oben gesagte im internationalen Maßstabe.

Der RFB, trotz Verbot, trägt der Vorliebe des Treudeutschen in Punkto schneidige Uniform Rechnung. Sein militärischer Drill nebst Schmalzein und Pauken schützen die KPD.-Führer bei ihren demagogischen und antimarxistischen Rednerschlächen.

RFMB, Roter Frauen- und Mädchenbund, erfüllen denselben Zweck wie RFB.

Bund der Freunde des neuen Rußlands. Pro gloria et patria.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung.

Verband proletarischer Freidenker.

Volkshund für Geistesfreiheit.

Arbeiter-Absinteuerbund.

Arbeiter-Kulturbewegung.

Verband proletarischer Naturfreunde.

Proletarische Wandervögel.

Wenn du als denkender Proletarier keinen Alkohol trinkst und auch an keinen Gott glaubst, so hast du dich den oben angeführten Verbänden anzuschließen und deinen Beitrag zu entrichten.

Arbeiter-Radfahrklub mit Opposition. Unzählige Arbeiter-Fußballklubs inklusiv Opposition, versteht sich. Behauptete doch die Königsberger parteikommunistische Zeitung, das „Echo des Ostens“, vor kurzem, daß die Oppositionsmannschaft, dank ihres guten oppositionellen Geistes, die Bundestreuen schlagen konnte.

- Freie Turnerschule inklusiv Spalter usw.
- Arbeiter-Ring- und Stemmklub
  - Motorradfahrerverband
  - Kanakklub
  - Schwimmklub
  - Photographen
  - Schachklub
  - Kegel- und Billardklub
  - Proletarischer Kleingärtnerverband
  - Arbeiter-Radiofreunde
  - Esperantobund
  - Vogelzuchtverein
  - Gesang- und Musikverein
  - Theatervereine

Rote Lanzen, Rote Raketen, Rote Trommler und Rote Werber. Rote Revuen, Rote Falken.

Arbeiter-Schützenbund — üb Aug und Hand fürs Vaterland — Antifa, ein Ersatz für den Roten Frontkämpferbund. Ja, die Vereinsmeierei im Proletariat treibt mannigfaltige Blüten. Jeder Genosse wird die Blütenlese noch um einiges vermehren können. Gibt es eigentlich schon einen Roten Briefmarkensammler-verein? Oder einen Proletarischen Briefmarkensammler-verein? Wenn nicht, so ergeben sich hier noch Möglichkeiten für allerlei Bonzengewürm, Bundestreue und Oppositionelle, etwas zu werden.

Ihr aber, Proletarier aller Länder, vereint euch!

Jede dieser Organisationen und Organisationen gibt eine oder mehrere Zeitungen heraus, die ihr bezahlt und die euch dafür vom Klassenkampfe abhalten. Ferner tragen die Feste und Klümbenveranstaltungen dieser wunderbaren „Kampfgenerationen“ dazu bei, das Interesse des Proletariats für den Klassenkampf abzutöten und helfen somit der Bourgeoisie aus ihrer bedrängten Lage. Also Arbeiterverrat ist das Ergebnis dieser Arbeiter-Vergnügungsvereine! Darum, klassenbewußte Proleten, liquidiert diese Spießbürgervereine und jagt alle ihre Hasen zum Teufel! Der Spartakusbund sagt und beweist euch, daß jeder politische Kampf zugleich ein ökonomischer Kampf sein muß, daher müßt ihr euch in den Betrieben organisieren und zwar nur in einer Organisation, die keine Berufs- und Altersunterschiede trennt, die beide Geschlechter gemeinsam zur Kampffront gegen den Kapitalismus vereint, die das reine Rätesystem sowie die Weltrevolution propagiert und nie den Marxismus verbietet, die gegen den Vorkämpfer für den Kommunismus und der kommunistischen Bedarfswirtschaft folgt. Deshalb schließt euch dem Spartakusbund an! Proleten, je eher ihr erkennt, daß ihr jede Spielerei aufgeben müßt, um so eher werdet ihr den Kapitalismus und seine Lakaien vernichten können und eure Gesellschaftsordnung, die kommunistische Bedarfswirtschaft, errichten. Darum, Prolet, folge Spartakus!

**Zwei Berichterstattungen**

Allen unseren Lesern, Genossen und einem großen Teil der revolutionären Arbeiterschaft sind ja die in der „großen Zeit“ deutscher KPD-Taktik und Strategie mit so ungeheuerem Tamtam in Szene gesetzten Rollkommandos noch in gebührender Erinnerung. Ein besonders krasser Fall — wir berichteten bereits eingehend darüber — spielte sich in den Märztagen (z. Z. der Unruhen) in Dresden ab. Eine 15 Mann starke mit allerlei Schlaginstrumenten bewaffnete Clique niedrigsten proletarischen Mobs überfiel zwei von der Flugblattverteilung kommende Genossen jener antiautoritären Richtung. „Um den proletarischen Zeitgeist herum“ und schlugen sie meuchlings zu Boden. Freitag, den 11. Juli kam dann dieser Fall vor dem hiesigen Landgericht zur Verhandlung. Ankläger war die Staatsanwaltschaft. Die Anzeige wurde durch einen „Krimo“ bewirkt, der durch sein damals zufälliges Dazukommen das uns antiautoritären schon lange zudirkte Kaltmachen der beiden Genossen verhinderte. Die Genossen des P. Z. bekamen eine Strafanzeige sowie Namensangabe aller Beteiligten, auch der „Überfallhelden“ ab. Dem Beamten waren aber doch einige dieser Sorte von „Klassenkämpfern“ schon bekannt und so kam diese ganze Angelegenheit gegen den Willen der Genossen des P. Z. trotzdem ins Rollen. Über die Verhandlung lassen wir 2 Berichte der lokalen Arbeiterpresse folgen.

Bericht der Volkszeitung vom 15. 7. 30. (Organ der SPD):

**Arbeitermoral?**

Eines Tages im März — es waren die Tage der Unruhen — haben auf der Lötbauer Straße etliche Leute zusammengestanden, die auf ihre Art politisierten und sich dann tätlich auseinandersetzten. Die einen waren wohl Kommunisten, die anderen Syndikalisten. Zwei Arbeiter, K. und S., bekamen bei der Gelegenheit Prügel, wie es heißt, ohne Grund. In der Folge wurde ein Strafverfahren gegen den Arbeiter St. eingeleitet, und jetzt stand er wegen Körperverletzung und groben Unfugs vor Gericht. Er sollte damals gemeinsam mit anderen, doch unbekannt gebliebenen Leuten auf die erwähnten Arbeiter K. und S. eingeschlagen haben.

Gegen St. der Kommunist ist und, wie er sagt, im März dem Erwerlosenausschuß angehörte, schwebt noch ein anderes Verfahren. Er ist in erster Instanz wegen groben Unfugs verurteilt worden und hat Berufung eingelegt. Dem betreffenden Verfahren liegt ein Vorgang zugrunde, bei dem am Tage der letzten Stadtverordnetenwahl vier Männer auf einen in seine Tracht gekleideten Jungmann, der an einer Wand seiner Gruppe teilnehmen wollte, groblich eingeschlagen haben. Es würde ihm auch die Mütze gestohlen St. der beteiligt gewesen sein soll, hatte das bestritten, doch fand ihn das Gericht zumindest des groben Unfugs für schuldig.

In der jetzigen Strafsache behauptete der Angeklagte wiederum, unbeteiligt gewesen zu sein. Als Zeugen waren die geschlagenen Arbeiter K. und S. geladen. Die Vernehmung über stieß auf ganz ungewöhnliche Schwierigkeiten und verlief sehr eigenartig. K. als erster Zeuge erklärte: „Ich lehne es ab, einen Arbeiter dem Klassengericht auszuliefern, und verweigere die Aussage.“ Der Anstreicher meinte sachlich, wenn er, der Zeuge, keine gesetzlichen Gründe für die Zeugnisverweigerung vorbringen könnte, so würde er, der Richter, zu den gesetzlichen Maßnahmen gezwungen sein, nämlich zur Verhängung von Geld- und Haftstrafen. Da befürchtete K. auf den Paragraphen 35 der Strafprozessordnung: Jeder Zeuge kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihm selbst . . . die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuziehen würde. Der Richter ließ für K. ziemlich anmaßliche Beratung auf jenen Paragraphen zu Protokoll nehmen und den Zeugen zurücktreten.

Der zweite Zeuge S. folgte dem Beispiel seines Kollegen und sagte: „Mir steht es nicht an, mit dem Staatsanwalt gemeinsam über einen Arbeiter zu Gericht zu sitzen. Die Beweiserhebung sei Sache des Richters. Da dieser nun zu verurteilen gab, daß er dszu der Zeugen bedürfte, wurde S. ein bißchen

irre und gab einige Auskünfte, die jedoch die Frage bewirkten, ob der Zeuge das beschwören wolle. Er hatte gesagt, daß er über den besuchten Vorfälle völlig unwissend sei und auch nicht wisse, ob er an jenem Tage geschlagen wurde. Nach dem Hinweis auf den Eid berief sich dann auch dieser Zeuge auf den Paragraphen 35.

Unter diesen Umständen, und weil ein dritter Zeuge nicht erschienen war, wurde die Verhandlung vertagt.

Die Gäste der beiden Zeugen sollte wohl Ausdruck einer besonderen Arbeitermoral sein. Daß sich die beiden Arbeiter mit den empfangenen Prügel abfinden wollen, ist schließlich ihre Sache. Daß aber die ethische Demonstration vor dem Richter im Anschluß an eine Prügelei zwischen Arbeitern wegen politischer Meinungsverschiedenheiten vor sich geht, das macht sie nicht gerade imponant.

Bericht der Arbeiterstimme (KPD-Presse):

**„Wir wurden von Kommunisten überfallen!“**

Unionistenlägen brechen vor Gericht in sich zusammen!

Am 8. März d. J. gaben die Unionisten ein Flugblatt heraus, das sich in gemeiner Weise gegen die von der Kommunistischen Partei aufgerichtete Erwerlosendemonstration richtete. Vor den Stempelstellen wurde das Flugblatt von der sogenannten Kochgruppe verteilt. Die Proleten wehrten sich gegen die unflätigen Beschimpfungen ihrer Partei, und in der Folge kam es auf der Lötbauer Straße zu einer erregten Auseinandersetzung. Die Unionisten Koch und Schreier erstatteten später gegen einige Arbeiter beim Staatsanwalt Anzeige wegen versuchten Totschlags. Und tatsächlich wurde gegen den Genossen Staneek wegen Körperverletzung und groben Unfugs verhandelt. Außer Koch und Schreier waren keine Zeugen geladen. Sie konnten aber ihre gemeinen Denunziationen gegen klassenbewußte Arbeiter vor dem Klassenrichter nicht aufrecht erhalten und verweigerten die Aussage, da sie sich bei wahrheitsgemäßer Aussage, wie sie erklärten, selbst belasten müßten. Klipp und klar ist damit besessen, wer die wirklichen Angreifer bei der von den Unionisten in ihrem Blättchen so groß aufgelegten Schlägerei waren. Mit frecher Stirn wurden Kommunisten des Überfalls bezichtigt und dem Staatsanwalt denunziert. Die Angst vor Bestrafung war es, die Koch und Schreier zur Aussageverweigerung zwang. Nicht, wie sie pathetisch erklärten, „um nicht mit dem Staatsanwalt gemeinsam über Arbeiter zu Gericht zu sitzen“. Ihr bei der Arbeiterschaft verlorenes Teilansehen lösen sie durch derartige Manöver bestimmt nicht wieder auf.

Der Berichterstatter der Volkszeitung sucht wenigstens den Schein einer Objektivität und des menschlichen Anstandes zu wahren, dies muß man bei aller Ablehnung und schärfter Bekämpfung ihrer gesamten Politik ohne weiteres anerkennen. Ein Verstehen oder Erfassen einer derartigen revolutionären, proletarischen Moral kann bei der vollständigen bürgerlichen Versumpfung der gesamten SPD-Journaille unmöglich erwartet werden. In Parallele der Bericht der „einzigsten revolutionären Arbeiterpartei“, der ehrlich und allein die wirklichen Arbeiterinteressen zu vertreten wollenden KPD., zeigt jedem einigermaßen denkenden Menschen, wo die wirklichen Lügner zu suchen sind. Eine Partei, die in so kurzer Zeit — annähernd 11 Jahre — schon so verkommen ist (die SPD. hat wenigstens rund 50 Jahre „Entwicklung“ gebraucht, um auf diese Höhe ihres Tiestandes zu gelangen), daß sie im Kampfe um ihre Selbsterhaltung zu jedem Mittel eck jesuitischer Moral greift, nur mit dem Unterschiede, daß ihre Führer von lächerlich kleinstem Format im Gegensatz der Spitzen der echten Jesuiten sind. Die Arbeiterschaft wendet sich jedoch mit Abscheu von diesen Elementen, deren ganze revolutionäre Arbeit in Lug, Trug, Verleumdung und Organisation fanatisierter Rollkommandos gegen die Arbeiterschaft einerseits, in wehrtauchbewedelten, lobhühnelnden, schwülstigen Toasten mit den Totfeinden der Arbeiterschaft andererseits, ihren markantesten Ausdruck findet. Den Genossen um den P. Z. herum möge diese Episode in bezug ihrer taktischen Einstellung zu den gegenwärtigen und den kommenden Kämpfen so manches zu denken geben. Reinheit aus Prinzip macht jedenfalls keine Weltgeschichte. Das hat dieser Fall eindeutig bewiesen.

**Genossen!**

Wer sich von den autoritären, reformistischen Parteien und Gewerkschaften losgelöst fühlt, wer mit der antiautoritären Schreibweise des „Spartakus“ sympathisiert, wende sich an den Verlag!

**Man benütze den untenstehenden Bestellzettel!**

Für den Inhalt verantwortlich: R. Weiß, Dresden-A. Druck: A. P. Schnädelbach & Co., Dresden-A.

Hier abtrennen

An das **Postamt**

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

**SPARTAKUS**

zum Bezugspreis von 90 Pf. vierteljährlich ab 1930  
Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 29  
Bezugsgeid ist von mir zu erheben

Name	Ort u. Zustellungspostamt
Straße u. Hausnummer	

Nr. 16 ☆ 5. Jahrgang  
10. Jahrgang der „Einheitsfront“

**SPARTAKUS**  
ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES  
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Händelstr. 3

15. August 1930  
Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zu zahlen. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pf. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

**Hindenburg diktiert!?**

Hindenburg, der mit dem Militärstiefel die Welt erobern wollte, Hindenburg, der, trotzdem er von Politik nichts verstand, zum Reichspräsidenten der freiesten Republik der Welt gewählt wurde, Hindenburg, der zu jedem nationalen Rummel das deutsche Volk zu den Einheiten von Westarp, Hugenberg, Hitler bis zu den nationalen Linken von Müller, Wiesel, Leipart und Severing zu repräsentieren hat, dieser arme, alte Hindenburg, der auf Grund seiner „großen Verdienste“ um die deutsche Volk schon längst der Alters- und Invalidenversicherung eingereiht werden müßte, hat das Kasperletheater am Königsplatz in Berlin nach Hause geschickt. Diese Verlogenheit, diese Heuchelei war ihm doch etwas zu toll. Als Mann, der dem deutschen Kaiser Wilhelm II. jahrzehntlang gedient hatte, der bereits schon fünf Jahre die von den Sozialdemokraten geschaffene Republik repräsentierte, mußte er, da dieses Parlament schon seit seiner Geburtsstunde im Jahre 1928 unfähig war, die Forderungen der Bourgeoisie in der Todeskrise zu erfüllen, im Auftrage der herrschenden Klasse das tun, was ihm selbst seine Popularität bei der Sozialdemokratie kostete. Es ist nicht das erste mal, daß mittels der demokratischen Verfassung die Diktatur regiert. Der frühere Reichspräsident und Sozialdemokrat Fritz Ebert war ein Feind jeder Volksvertretung, der 48 stand bei ihm in höchsten Ansehen. Fast die Hälfte seiner Regierungszeit hatte er das Parlament nach Hause geschickt und er ließ durch die Militärstiefel jede freie Meinungsäußerung des Proletariats unterdrücken. Bei ihm war es bereits Gewohnheit geworden, nur mit dem verfassungsgemäßen § 48 in Deutschland zu regieren. Zur besseren Illustrierung der sozialdemokratischen Herrschaft sei gesagt, daß der reaktionäre Generaloberst Seekt im Jahre 1924 Fritz Ebert daran erinnern mußte, daß es nach einjähriger Dauer des Ausnahmezustandes Zeit wäre, wieder einmal die Volksvertretung „mitreden“ zu lassen. Ob Ebert oder Hindenburg, beide hatten das zu tun, was die Wirtschaftsdiktatoren in Deutschland bestimmen.

den Reichshaushalt 1930; II. Erschließung von Einnahmen für die Gemeinden; III. Versicherung und Versorgung; IV. Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen; V. Osthilfe und Vollstreckungsschutz. Die neue Steuerlast sieht folgendes vor: von den öffentlichen Beamten und Angestellten wird ein außerordentlicher Beitrag in Höhe von 2 1/2% der Einnahme erhoben. Für die Leihrenten, ein weiterer zehnpromzentiger Zuschlag zur Lohnsteuer tritt hinzu, wenn das Einkommen monatlich 220 RM übersteigt. Die Gemeinden sind berechtigt, eine Biersteuer zu erheben. Bei den Hungereremnen noch enger geschuldet werden. Die Wartezeit für Ledige ist von 7 auf 14 Tage verlängert, bei Arbeitslosen bis zu 3 zuschlagsberechtigten Angehörigen auf 7 Tage und bei 4 und mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen auf 3 Tage. Außerdem wird der Beitrag auf 4 1/2% erhöht. Der Zuschuß des Reiches für das Arbeitsamt wird auf 184 Millionen festgelegt. Dieses gilt für die Sommermonate. Denn die Verordnung rechnet mit einem weiteren Anwachsen der Erwerbslosenziffern. Da die Etatsbalancierung nur für den augenblicklichen Zustand berechnet ist, so hat das Arbeitsamt das Recht, bei gesteigerter Arbeitslosigkeit die Beiträge zu erhöhen und andererseits eine Abstufung der Beiträge in den Leistungsklassen vorzunehmen. So sieht die Großmüdigkeit der Sozialdemokraten aus, die jeden Angriff auf die Sozialpolitik mit allen Mitteln ablehnen und bekämpfen wollen.

Nicht genug damit, auch aus der Krankenversicherung sollen für den Staat 400 Millionen herausgepreßt werden. Der trockene Faschismus schreiet zielbewußt vorwärts, das Lebensniveau des Proletariats immer tiefer drückend. Die Wartezeit wird von 3 auf 4 Tage verlängert. Für die Arzneikosten zahlt der Kranke 50 Pf. ebenfalls für den Krankenschein. Außerdem können Ansprüche aus dem Reichsversorgungsgesetz grundsätzlich nicht geltend gemacht werden. Bei den ersten

**Antikriegstag, revolutionärer Militarismus und proletarische Jugend**

(Versuch einer Charakteristik)

I.

Der proletarischen Jugend wurde in den unzähligen Reden, die während der Antikriegskundgebungen am 1. August über die Köpfe der Demonstranten brauseten, „besondere Aufmerksamkeit“ gewidmet. Natürlich nicht zu Unrecht, denn die proletarische Jugend ist im Kriegslale in erster Linie „berufen“, den Heldenruf fürs Vaterland zu sterben. Und Kriegsgesähr ist im Zeitalter des Kapitalismus und des Imperialismus immer vorhanden. Der ideologische Kampf durch die Majorität abgelehnt. Ein Mißtrauensvotum der Kommunistischen Partei nach der Ablehnung des Deckungsprogramms gegen das Brüning-Kabinett fand ebenfalls keine Mehrheit. Dieser Widerspruch, dieser Bankrott des Parlamentarismus konnte nur ein mühseliges Lächeln erwecken. Die Regierung Brüning mußte durch die Lächerlichkeit und dem Versagen des Parlamentes zum Handeln schreiten und brachte eine Notverordnung durch. Die Sozialdemokraten, in die Opposition gedrängt, zeigten ihre wahren Verwandtschaftskünste. Sie, die die Steuergesetzgebung ausgearbeitet hatten, stimmten gegen die Notverordnung, und da noch mehrere Parteien den Schein der Demokratie wahren und im Lichtkegel der Öffentlichkeit als Freunde des Volkes gelten wollten, fand diese Abstimmung die Mehrheit. Da es eine Lösung durch das Parlament nicht gab, mußte der alte ergraute „Frontkämpfer“ Hindenburg dem Reichskanzler Brüning die Vollmacht geben, mittels § 48 der Reichsverfassung das deutsche Volk zu regieren.

Die vom aufgelisten Reichstag abgelehnte Notverordnung ist in etwas anderer Form durch den Diktaturparagrafen herausgekommen. Die neue Verordnung bildet fünf Hauptabschnitte: I. Deckungsmaßnahme für

drei Hauptabschnitten, die eine Steuerbelastung des Proletariats bis aufs äußerste vorsehen, zeigen die zwei anderen Hauptabschnitte, die die Bourgeoisie betreffen, klipp und klar, daß nicht nur durch die Demokratie, sondern auch durch die Diktatur alles aus dem Proletariat herausgepreßt und in den Rachen der Kapitalisten und Agrarier geworfen wird. Der Hauptabschnitt 4, welcher eine Preisensenkung vorsieht und die Preisfestlegung der Kartelle bekämpfen und verhindern will, ist so idiotisch und erbärmlich und widerspricht vollkommen der kapitalistischen Entwicklung, daß man dies nur als ein Scheinmanöver betrachten kann, um das Kleinbürgertum zu beruhigen. Für den 5. Hauptabschnitt, Osthilfe und Vollstreckungsschutz, erhält die Reichsregierung eine Bürgerstärkungsmachtigung bis zu 50 Millionen zur Ablösung von Siedlungs-Zwischenkrediten, ferner zur Gewährung von Darlehen für Umschuldungen in den Ostgebieten bis zu einem weiteren Betrag von 100 Millionen. Ferner wird ein Vollstreckungsschutz in den Ostgebieten bis zum 31. Dezember 1930 gewährt. So haben Zwangsvollstreckungen, wie sie bei den Proleten täglich gemacht werden, bei den Agrariern zu unterbleiben.

Dies das vorläufige Programm der Bourgeoisie. Fest umrissen steht es da. Dies mußte kommen durch Demokratie, Volksherrschaft, Stimmzettelnkampf, Beruflichkeit und Parlament. Eine weitere Frazte zu all diesem ist der außerparlamentaristische Parlamentarismus der Kommunistischen Partei. Ihre „Massenajamirsche“ (die Regierungen zwingen sollten, die reformistischen Forderungen der kommunistischen Abgeordneten anzuerkennen, sind nun auch überflüssig geworden.

Augenblicklich leistet die Diktatur bessere Dienste als die Demokratie. Das Parlament ist nach Hause geschickt, doch Marx und Engels lehren uns, daß die Demokratie die letzte Regierungsform der Ausbeuter ist und wenn das Proletariat durch die weitere Verelendung nur noch zwischen Hungertod und Barrikade, zu entscheiden hat, dann stehen je nach Bedarf Demokratie und Diktaturparagraf 48, Hindenburg und Berufsleiter jenseits der Barrikaden in einer Klassenfront gegen das revolutionäre kommunistische Proletariat, gegen die Räteorganisation.

die unmittelbaren Eindrücke und Nachwirkungen des Massenmordens nicht mehr vorhanden und die Erinnerungen an das Kriegselend verblaßt sind. Die Wunden sind vernarbt. Andererseits aber sind die damals jugendlichen langsam in das Lager der Älteren hinübergewechselt, andere Jahrgänge der proletarischen Jugend, denen unmittelbare Eindrücke und Erinnerungen vom Weltkrieg nahezu oder sogar ganz fehlen, treten in Erscheinung. Der Charakter der proletarischen Jugend hat sich gewandelt.

Für die heute 16-20-jährigen ist der Weltkrieg mehr oder weniger „Geschichte“. Sie wissen von ihm durch Hörensagen, Erzählungen der Väter, durch Bücher und Theater. Eine Sturzwellen von Kriegsliteratur ergoß sich in den letzten Monaten — und ergibt sich noch — über die Bevölkerung. Der antimilitaristische Wert dieser Kriegsliteratur muß — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — bestritten werden. Auf erlebnishungrige, eingespannte Jungarbeiter wirkt sie mehr anreizend als abschreckend oder antimilitaristisch aufklärend. Psychologisch ist das durchaus erklärlich.

Ein anderes Beispiel: Von älteren Familienangehörigen und Arbeitskollegen, von Kriegsteilnehmern, hört der junge Arbeiter über Kriegserlebnisse erzählen. Es ist eine Eigentümlichkeit dieser Erzählungen der unmittelbar Beteiligten, daß sie sich meist nur auf die heiteren, vergnüglichen Seiten der Feld- und Schutzengraben-erlebnisse erstrecken. Elend und Grauen liegen irgendwo tief vergraben, sollen vergessen sein, niemand will mehr daran denken. Auch das ist wiederum psychologisch